

George McGovern und die Revision der amerikanischen Außenpolitik

Am 25. Mai hielt George McGovern, ehemaliger Präsidentschaftskandidat der Vereinigten Staaten, auf Einladung des Lehrstuhls für Amerikanistik in Augsburg einen Vortrag zur amerikanischen Außenpolitik.

McGovern, der vielen insbesondere durch seine Kandidatur im Jahre 1972 in Erinnerung geblieben ist, hat eine erstaunlich vielfältige politische und akademische Doppelkarriere durchlaufen, die ihn zu einer der bekanntesten politischen Persönlichkeiten unserer Zeit hat werden lassen. So hat er u.a. als Parteisekretär, als Kongreß-abgeordneter (1956-60), als U.S. Senator (1962-80), als Kabinettsmitglied (unter John F. Kennedy) und schließlich als Präsidentschaftskandidat buchstäblich politische Geschichte geschrieben. In bisweilen nur lockerer Verbindung mit seiner Politikerkarriere ist McGovern aber auch im akademischen Bereich als Historiker und Politikwissenschaftler hervorgetreten. Dieser Zweig seiner Laufbahn führte ihn von der Promotion im Fachgebiet Geschichte über eine Professur an der Dakota Wesleyan University (1950-53) zu vielfältigen Engagements und Gastprofessuren an renommierten Instituten wie etwa der Columbia University, der Duke University, der Northwestern University, der University of New Orleans und zuletzt der Universität München (Eric Voegelin Gastprofessur 1987). Es bleibt anzufügen, daß McGovern im Verlauf seiner akademischen Karriere mit zahlreichen wissenschaftlichen Auszeichnungen bedacht wurde und daß seine umfangreiche Publikationsliste bekannte historische Standardwerke (wie etwa *The Great Coalfield War*) sowie vielzitierte Quellentexte (so seine politische Autobiographie *Grassroots*) enthält.

Wenn McGovern auf diese Weise zunächst über zwei Jahrzehnte hinweg zur eindrucksvollen Verkörperung der Interrelation von politischer Theorie und Praxis wurde, so ist es später, nach seinem Ausscheiden aus dem Senat im Jahre 1980, stiller um ihn ge-



George McGovern

Foto: Weishaupt

worden. Diese Situation hat sich in letzter Zeit wieder gewandelt, nicht zuletzt, weil nicht übersehen werden konnte, daß zahlreiche Problemdiskussionen der heutigen Zeit wie Neuauflagen vergangener McGovern-Themen wirken. Dies gilt im besonderen Maße für seine im folgenden kurz skizzierten, provokativen Thesen zur notwendigen Revision der amerikanischen Außenpolitik, die er wie eh und je in umfassende weltpolitische Zusammenhänge höchster Brisanz eingebettet sieht.

Die neue Außenpolitik

Im ersten Teil seines Vortrags betonte McGovern, daß sich die Vereinigten Staaten im Präsidentschaftswahljahr 1988 vor die Notwendigkeit einer radikalen Neuorientierung ihrer Außenpolitik gestellt sähen. Das Blockdenken der Vergangenheit, der rigide Antikommunismus der Nachkriegszeit, der auch in Reagans Außenpolitik immer wieder aufgeflammt sei, sowie die damit einhergehende Überkonzentration auf den Antagonismus zwischen Washington und Moskau hätten entschieden ausgedient. Sie müßten immer dringender durch andere politische Konzepte ersetzt werden, die sich jenen neuen, globalen Realitäten stellten, welche auf nahezu allen Ebenen unsere heutige Zeit bestimmten. Weder sei Moskau dabei das

wichtigste Problem für Washington noch Washington das vordringlichste Problem für Moskau. Statt dessen müßten von beiden Seiten neue Problemkreise ins Auge gefaßt werden, wie sie etwa durch die Bevölkerungsexplosion, die weltweite Bedrohung der Umwelt, das atomare Wettrüsten, das bedrohliche Aufflackern von Wirtschafts- und Währungskrisen sowie durch die neue Rolle und Diversifizierung der "Dritten Welt" unleugbar gegeben seien.

Im direkten Bezug auf die beiden Supermächte stellte der Vortragende dabei zwei besonders offenkundige und gefährliche Entwicklungen heraus, die als Folge der Kollision einer "alten" Politik mit "neuen" Problemlagen zu sehen seien. So führe zum einen die ungebremste Aufrüstung zu dem explosiven Paradox, daß sich bei eskalierender Rüstung und zunehmender Politik der Stärke keineswegs das Gefühl der Bedrohung und der Unsicherheit bei den beiden Supermächten abbaue, sondern gerade umgekehrt sich erst richtig aufbaue: "The painful paradox that now confronts both Washington and Moscow is that the more they spend on armaments, the weaker and more insecure they become." Zum anderen katapultierten die unfaßbaren Rüstungsausgaben sowohl die USA als auch die Sowjetunion in Wirtschafts- und Finanzkrisen, die etwa im Falle der USA dazu geführt hätten, daß sich das Land innerhalb weniger Jahre vom größten Kreditgeber zum größten Schuldner der westlichen Welt entwickelt habe.

McGovern ließ in diesem Zusammenhang keinen Zweifel daran, daß er in Gorbatschow, den er explizit als "realist in the Kremlin" bezeichnet, einen Politiker sehe, der mehr an Neuansätzen als an veralteten Denkschemata interessiert sei, da er - ungleich Reagan - bereits den Zusammenhang von extern angefachtem Rüstungswettkampf und intern erduldeten Wirtschaftsmisere sowie die Gefahren von bislang geläufigen Phänomenen wie etwa "big-power interventionism" erkannt habe. Im Rückbezug auf die Situation, mit der sich der neue Präsident der Vereinigten Staaten noch dieses Jahr konfrontiert sehen wird, stellte der Vortragende pointiert die Fragen: "Can we put forward a new range of policies to end the waste of an obsolete arms race, reduce the shameful deficit that is weakening our economy and our position in the world, safeguard the physical environment that sustains life on our planet and invest our resources more wisely in strengthening our families and educating our children?"

Fünf Vorschläge

Orientiert an den so fixierten Zielvorgaben skizzierte McGovern im folgenden fünf Programmpunkte für eine längst überfällige Revision der amerikanischen Außenpolitik.

1. Die Suche nach Gemeinsamkeiten mit der Sowjetunion müsse an die Stelle der Betonung von ideologischen Differenzen treten. Als mögliche Aktionsfelder gemeinsamer Planung und Kooperation böten sich u. a. an: "trade, arms reduction, joint environmental efforts, shared exploration of outer space and cooperative efforts in education, health and cultural exchange." Nicht zu vergessen seien auch gemeinsame Anstrengungen zur Entschärfung regionaler Konflikte mit hohem Ausbreitungspotential wie etwa der Golfkrieg oder das Palästina-Problem.
2. Überfällig seien ein Teststopp für Nuklearwaffen aller Art sowie der weitgehende Abbau des bereits existierenden Atomwaffenarsenals. Erwartungsgemäß kritisierte McGovern in diesem Zusammenhang auch Reagans Festhalten am SDI-Projekt, das er als extrem störanfälliges Wagnis und als "frightfully costly fantasy" bezeichnete. Freilich dürfe über der Diskussion um Mittelstreckenwaffen und strategische Atomwaffen auch nicht das Problem der Kontingentierung konventioneller Streitkräfte aus den Augen verloren werden.
3. Rüstungsbegrenzung und Reduzierung der weltweiten militärischen Präsenz müßten für die USA mit einer Umschichtung des Budgets zugunsten sozialer Aufgaben sowie mit einer Ausbalancierung des enormen Finanzdefizits gekoppelt werden. Folgerichtig, aber für bestimmte Kreise in Europa sicherlich ominös klingend, brachte McGovern bestimmte Zusammenhänge auf die in den USA in letzter Zeit häufiger zu hörende Formel: "It is now costing the United States approximately 150 billion Dollars annually to provide for the defense of Western Europe and Japan. This is roughly the dimension of our current annual fiscal deficit."
4. Das System, Länder der "Dritten Welt" der Einflußsphäre einer der beiden Supermächte zuzuordnen und - bei Abweichung von der erzwungenen oder erkaufte Freundschaft - die jeweiligen Satelliten wieder auf ihre gewohnte Umlaufbahn zurückzuzwingen, sei längst bankrott und zu einer Quelle permanenten Krisenexports geworden. Ein (vielleicht auch einseitiges) Abrücken von diesem System müsse aber nicht notwendigerweise zu einem neuen Isolationismus der USA führen, sondern berge vielmehr die Möglichkeit in sich, auf konstruktivere und intelligenter Weise als bisher Einfluß in der Welt auszuüben; einen Einfluß, dessen Fluchtpunkte Kooperation statt Hegemonie und weltweite Interessenvernetzung statt nationaler Interessenkonkurrenz abgeben könnten.

5. Zwei äußerst vordringliche Projekte von globaler Bedeutung müßten sofort allseitig in Angriff genommen werden, und zwar der Kampf gegen die weltweite Demontage der Umwelt und der Kampf gegen den Hunger in der Welt. Gegen die Stimmen vieler Skeptiker schlägt McGovern dabei überraschenderweise immer wieder vor, die Funktion der UN als Weltforum gemeinsamer Interessen und als Supra-Organisation globaler Handlungskoordination zu revitalisieren, wobei er sich durchaus der Tatsache bewußt ist, wieviel Zukunftsmusik in solchen Vorschlägen mitschwingt.

Außenpolitik und amerikanische Verfassung

Im letzten Teil seiner Ausführungen widmete sich der Vortragende dem Problemkreis Außenpolitik und amerikanische Verfassung und damit einem Thema, dem unmittelbar nach den Feiern zum zweihundertjährigen Bestehen der "Constitution" große Aktualität zukommt. Er betonte, daß die amerikanische Verfassung keineswegs "national security" und "the power of the presidency" zu obersten Prinzipien erhoben habe. Im Gegenteil, den "Framers of the Constitution" seien sowohl militärische Machtkonzentration und interventionistische Außenpolitik im Namen der nationalen Sicherheit als auch das Konzept

einer "imperial presidency" zuhöchst suspekt gewesen. Sie hätten deshalb alles versucht, um durch die Verfassung die Möglichkeiten von "reckless interventionism" und "rampant militarism" drastisch einzuschränken und durch die Prinzipien der Gewaltenteilung, des Systems der "checks and balances" und der besonderen Verantwortung des Senats für "advise and consent" eine Verabsolutierung der Macht des Präsidenten - gerade auch in außenpolitischen Angelegenheiten - zu verhindern. Genau diese Einschränkungen aber seien in der jüngeren Vergangenheit durch Präsidenten, deren Amtseid sie dazu verpflichtete, die "Constitution" zu beachten und zu verteidigen, immer wieder flagrant mißachtet worden. Eine verantwortungsbewußte amerikanische Außenpolitik zeichne sich in den Grundzügen also bereits ab, wenn der Präsident wieder die alte Maxime streng beachte: "Heed the Constitution". Auch könne es nicht gerade schaden, wenn der amerikanische Präsident zudem in außenpolitischen Angelegenheiten seine Entscheidungen treffe "with a decent respect to the opinions of mankind".

McGoverns Rolle heute

In der Diskussion über die vorgetragenen Thesen tauchte neben einigen sehr detaillierten Kritikpunk-

ten auch der Einwand auf, daß die Grundausrichtung der vorgelegten Konzepte bisweilen ein wenig weltfremd, ja sogar simplifizierend erscheine. Dieser Einwand erinnert an gewisse Vorwürfe, die schon in der Präsidentschaftskampagne von 1972 gegen einen Kandidaten McGovern erhoben wurden, der u. a. von bestimmten Kreisen in Amerika abschätzig als "Honest George" apostrophiert wurde. Man sollte aber nicht vergessen, daß eben derselbe George McGovern schon damals wie kein anderer in der "großen" Politik zum Faszinosum, zur personifizierten Hoffnung und zur Verkörperung der Aufbruchstimmung einer jüngeren Generation wurde, deren provokantes Umdenken und deren neue Handlungsmaximen und Wertprioritäten bis auf den heutigen Tag gravierendere Spuren in unserer politischen und sozialen Landschaft hinterlassen haben, als dies viele Kritiker der späten Sechziger- und der frühen Siebzigerjahre wahrhaben wollen. Die Frage ist, ob McGovern mit seinen überall verkündeten Maximen zur neuen Rolle Amerikas in der Welt auch heute noch einmal zum Anstoß für eine Neubestimmung und eine Revision verkrusteter politischer

Programme zu werden vermag. Fest steht jedenfalls, daß er noch immer eine politische Persönlichkeit von Rang und von unbestreitbarer Integrität ist; daß er noch immer gewillt ist, den unbequemen Weg des Querdenkers zu gehen; und daß er als vielbeschäftigter politischer Kommentator und Dialogpartner noch immer auf nationaler wie auf internationaler Ebene Gehör, wenn auch nicht unmittelbar ein politisches Mandat, findet. Wieviel freilich von dem, was McGovern als neue, aber zugleich auch alte amerikanische Orientierung immer wieder heraufbeschwört, in den Vereinigten Staaten von heute oder auch nur im Zentrum einer sich neu formierenden Demokratischen Partei akzeptabel erscheint, bleibt vorerst eine offene Frage. Die Präsidentschaftswahl von 1988 könnte ein Testfall dafür werden. Vielleicht wird die politische Entwicklung und Programmatik eines Präsidentschaftskandidaten Dukakis, dem McGovern übrigens nicht die schlechtesten Chancen im Rennen um das höchste Amt einräumt, schon in nächster Zeit die Antwort auf diese Frage geben.

Manfred Pütz